

„MIT VERLAUB, HERR PRÄSIDENT, SIE SIND ...“

Wörter, die den Bundestag
in Atem hielten



DUDEN

ZEIT  ONLINE

**„MIT VERLAUB,
HERR PRÄSIDENT,
SIE SIND ...“**

„MIT VERLAUB, HERR PRÄSIDENT, SIE SIND ...“

Wörter, die den Bundestag
in Atem hielten

Dudenverlag
Berlin

ZEIT  ONLINE

INHALT

- 6 Darüber spricht der Bundestag

POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

- 14 Themen, die bleiben
- 17 Auch die Armen haben eine Lobby
- 20 Über Schulden sprechen wie Helmut Schmidt
- 22 Drei Tage Kirschkuchen
- 24 Und plötzlich: Atomkrieg
- 27 Wege aus der nuklearen Hölle
- 30 Es ist eine Katastrophe!
- 33 Als Kohle und Stahl noch Zukunft waren
- 36 Reine Luft
- 38 Der Schock von Pisa
- 41 Kriminalität verkauft sich gut
- 44 Verpasste Chancen
- 46 Die Sprache des Kalten Krieges
- 48 Die Ostdeutschen und das W-Wort
- 50 Einmal Schlusslicht, immer Schlusslicht
- 53 Vom Nazi zum Neonazi und zurück
- 55 Antisemitismus wurde lange ignoriert
- 58 Die langsame Annäherung an den Islam

GESELLSCHAFTLICHER WANDEL

- 62 Am deutschen Kaiser liegt's nicht
- 64 Politik mit den Schatten der Vergangenheit
- 67 Haben wir nicht alle mehrere Heimaten?
- 69 Von fliegenden Tomaten und kämpferischen Frauen1
- 72 Brot und Eier und die Rolle der Frau
- 75 Warum es manchmal gut ist, nicht von Urlaub zu sprechen
- 78 »Wir haben abgetrieben!«
- 80 Der lange Weg zur Gleichbehandlung
- 84 Kinderrechte sind Menschenrechte
- 86 Wie zu Hause arbeiten cool wurde

- 88 Vom Aussterben des Zupackers
- 91 Das L-Wort
- 93 Eine Eigenschaft von vielen
- 96 Müssen die schon wieder über Pommes reden?
- 98 Der ewige Streit ums Tempo
- 101 Medienwandel
- 103 General Handy und Kommissar Computer

DEUTSCHLAND UND DIE WELT

- 108 Wie aus der EWG Europa wurde
- 110 Deutschlands Blick auf die Welt
- 112 Hand in Hand auf dem Weg in ein souveränes Europa?
- 115 Einwanderungsland? Wir doch nicht
- 117 Das Jahr der Flüchtlinge
- 119 Friedensmissionen sind nicht unbedingt friedlich
- 122 Krieg ist nicht gleich Krieg
- 124 Frieden schaffen mit weniger Waffen?
- 127 Vom Kampf gegen Terrorismus zum Krieg gegen Terror
- 129 Von Rambos und Hoffnungsträgern
- 133 Kriege, Krisen, Kolonialismus

DER PARLAMENTARISCHE SPRACHGEBRAUCH

- 138 Vom Fräulein zur Bundeskanzlerin
- 140 Auch Trottel unter den Abgeordneten
- 141 Liebevolle Zeiten?
- 143 Politische Sprache – Interview
- 146 Ist das System relevant?
- 148 Adorno und die Theorieferne des Parlaments
- 150 Wie schon Dingsens einmal sagte
- 152 Es möge endlich jemand Klartext sprechen
- 154 War der Ton einst rauer?
- 157 Wer zuletzt lacht

DARÜBER SPRICHT DER BUNDESTAG

EINE AUSWERTUNG ALLER REDEN IM PARLAMENT SEIT 1949

In großen metallenen Lettern steht es über dem Portal des Berliner Reichstags: »Dem deutschen Volke«. Hinter der Fassade verhandelt ein modernes Parlament, der Deutsche Bundestag, die Geschicke ebenjenes Volkes. Seit gut 70 Jahren gibt es ihn. Heute sitzen die Abgeordneten wie in einer Arena im blaugrauen Halbrund. Wer will, kann ihnen von den darüber schwebenden Besuchertribünen zuhören oder ihre Reden live im Parlamentsfernsehen verfolgen.

In den vergangenen 19 Legislaturperioden traf sich der Bundestag zu 4216 Sitzungen. Mehr als 200 Millionen Wörter haben die Stenografen und Stenografinnen des Parlaments in diesen Jahren mitgeschrieben. Doch nur winzige Ausschnitte dieser Reden schaffen es in die großen Nachrichten; der große Rest geht zu Protokoll und verschwindet anschließend in den Archiven.

ZEIT ONLINE hat die vollständigen Protokolle aller Plenarsitzungen in einer Datenbank gesammelt, sie durchsuchbar und vor allem vergleichbar gemacht. Jedes Wort, das die Abgeordneten im Plenum von sich gegeben haben, kann ausgewertet und mit anderen Begriffen in Zusammenhang gesetzt werden. »Was jemand willentlich

verbergen will, sei es nur vor andern, sei es vor sich selber, auch was er unbewußt in sich trägt: die Sprache bringt es an den Tag«, schrieb der Romanist Victor Klemperer Ende der 1940er-Jahre in seinem »LTI – Notizbuch eines Philologen«. Der Sprachstil lege das Wesen der Menschen hüllenlos offen. Der Datenschatz der digitalisierten Bundestagsreden bietet einen Zugang zur Sprache unseres Parlaments, der nicht nur Aufschluss gibt über seine Sprache, sondern auch zum sich wandelnden Zustand der deutschen Demokratie.

WELCHE THEMEN WAREN AM WICHTIGSTEN?

Aber natürlich geht unsere Auswertung weit über den Sprachstil der Abgeordneten hinaus. Wir wollten vor allem wissen, worüber debattiert wurde: Wie ernst nahmen die Parlamentarier und Parlamentarierinnen in den vergangenen Jahren den Klimawandel? Wie häufig redeten sie über den Kohleausstieg, über Treibhausgase oder Plastikmüll? Was fürchteten, was hofften sie? War ihnen das Klima wichtiger als Rente, Arbeitslosigkeit wichtiger als Steuern – oder umgekehrt? Die grafische Analyse zeigt deutlich, zu welchem Zeitpunkt welche Themen debattiert wurden und wie sich die Aufmerksamkeit über die Jahre verändert hat.

Unsere Auswertung beginnt mit der ersten Sitzung des damals in Bonn neu konstituierten Bundestags am 7. September 1949 und endet mit der letzten Sitzung in Berlin vor der Sommerpause 2019, der Sondersitzung am 24. Juli, während derer Annegret Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin vereidigt wurde.

Unsere Datenbank macht es möglich, die Geschichte der Bundesrepublik wie in einem Vergrößerungsglas zu betrachten und dadurch ihre Wendungen, ihre Entwicklung zu verstehen. Die Kurven zeigen, welche Debatten groß und wortreich waren, welche klein. Was wurde wann häufig diskutiert, was in all den Jahren selten oder

PRÄGENDE THEMEN DER JAHRZEHNTE

Begriffe, die in dem entsprechenden Jahrzehnt deutlich häufiger in den Debatten vorkommen als in anderen Jahren

1950er

SCHUMAN-PLAN	AUBEN-HANDELS-FRAGEN	SOWJETZONE	SAARGEBIET	BESATZUNGS-KOSTEN
--------------	----------------------	------------	------------	-------------------

1960er

MITTELSTANDS-FRAGEN	EWG	ZOLLTARIF	FERNMELDE-WESEN	KENNEDY-RUNDE
---------------------	-----	-----------	-----------------	---------------

1970er

GRUND-VERTRAG	KONJUNKTUR-ZUSCHLAG	SOZIAL-LIBERALE	GUILLAUME	VIERMÄCHTE-ABKOMMEN
---------------	---------------------	-----------------	-----------	---------------------

1980er

EG	UMWELT-SCHUTZ	NULL-LÖSUNG	DOPEL-BESCHLUSS	SDI
----	---------------	-------------	-----------------	-----

1990er

TREUHAND-ANSTALT	PFLEGE-VERSICHERUNG	EINIGUNGS-VERTRAG	KOSOVO	TRANSRAPID
------------------	---------------------	-------------------	--------	------------

2000er

EU	ÖKOSTEUER	BUNDES-AGENTUR	KLIMASCHUTZ	HARTZ
----	-----------	----------------	-------------	-------

2010er

INTERNET	MINDESTLOHN	ENERGIE-WENDE	SOLDATINNEN	AFD-FRAKTION
----------	-------------	---------------	-------------	--------------

nie, obwohl es vielleicht wichtig gewesen wäre?

Wie beispielsweise der Wohnungsbau. In den 1950er- und 1970er-Jahren ist er ein riesiges Thema in den Parlamentsreden. Auch in den Jahrzehnten danach beschäftigen sich die Parlamentarier und Parlamentarierinnen immer wieder mit der Frage, wie viel öffentlich geförderter Wohnraum gebraucht wird. 2003 ist damit Schluss. Schlagartig kommt das Stichwort »Wohnungsbau« nicht mehr vor. Auch der Ausdruck »Sozialwohnungen« verschwindet aus den Reden – für zehn Jahre. Gleichzeitig ist eine Konjunktur anderer Begriffe sichtbar, die bis dahin nie eine Rolle im Bundestag gespielt hatten: Immobilien und Immobilienwirtschaft beispielsweise. Eine Welle von Privatisierungen zeigt sich darin; viele Kommunen verkaufen Wohnungen, um Schulden zu tilgen. Erst 2013 wird wieder über den sozialen Wohnungsbau verhandelt. Denn inzwischen sind die Mieten so stark gestiegen, dass viele Menschen Existenzangst haben.

Natürlich lässt sich aus dem reinen Vorkommen einzelner Wörter noch nicht ableiten, ob die Abgeordneten für oder gegen ein Thema waren, wie darüber diskutiert wurde. Wer das verstehen will, muss in die entsprechenden Protokolle der Bundestagsreden schauen. Die Analyse eines einzelnen Begriffs kann auch Fallen bergen. Wer beispielsweise »Sorge« und »Sorgen« eingibt, sieht eine stetig steigende Kurve. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Abgeordneten im Bundestag zunehmend Sorgen um das Land und seinen Zustand machen. Die Häufung wird

durch die oft verwendeten Wendungen »Sorge tragen« und »dafür sorgen« verursacht – die eine ganz andere Bedeutung haben.

Trotzdem bietet die grafische Analyse der Begriffe die Chance, mehr über die Themen zu erfahren, die im Parlament verhandelt werden. Ihre Häufigkeiten sortieren sich zu Erregungskurven, die nicht nur die Interessen der Fraktionen und Parlamentarier abbilden, sondern in denen sich auch die öffentliche Stimmung zeigt. Schließlich bringen die Abgeordneten auch das zur Sprache, was die Wähler bewegt.

So hat kaum ein Thema in den vergangenen Jahrzehnten eine so intensive Debatte ausgelöst wie der Zuzug von mehr als einer Million Flüchtlingen und Schutzsuchenden 2015. Selbst das Schicksal der acht Millionen Vertriebenen wurde in den 1950er-Jahren im Parlament nicht so häufig erwähnt wie die Migrationsbewegung 2015 und 2016. Die Ausdrücke »Flucht« und »Flüchtlinge« schlugen in der Häufigkeit der Nennung nahezu jedes andere Thema – egal ob Sicherheit, Pflege oder Arbeitslosigkeit. Nur ein einziger Begriff hat einen ähnlich großen Ausschlag in der Häufigkeit verursacht und Deutschland offensichtlich ähnlich stark beschäftigt: die deutsche Einheit im Jahr 1990.

WIE HAT SICH DIE GESELLSCHAFT VERÄNDERT?

In den Bundestagsreden zeigt sich aber nicht nur das Aufkommen und Verschwinden einzelner Themen. Die Kurven geben auch Hinweise auf tiefgreifende Veränderungen der deutschen Gesellschaft.

So zeigt sich Anfang der 1980er-Jahre in den Bundestagsreden eine deutliche Zunahme der Wörter »Angst« und »Ängste«. Die 80er sind ein Jahrzehnt großer Umbrüche und schockierender Ereignisse. Im September 1982 zerbricht die sozialliberale Koalition von Helmut Schmidt. Ende 1983 stimmt der Bundestag der Forderung der NATO zu, neue Atomraketen in Deutschland zu stationieren, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist. Der NATO-Doppelbeschluss, vor allem aber die Furcht vor einem Wettrüsten und einem Atomkrieg sind die beherrschenden Themen dieses Jahres. 1986 schließlich explodiert das sowjetische Atomkraftwerk Tschernobyl. All diese Ereignisse haben zu Spitzen in der Angstkurve geführt. Genau wie später die Jugoslawienkriege, die islamistischen Anschläge am 11. September 2001 oder die Katastrophe von Fukushima. Immer wenn ein solches Ereignis debattiert wird, reden die Parlamentarier und Parlamentarierinnen auch häufiger über Angst und Ängste.

Die Analyse kann auch zeigen, dass im Bundestag nicht nur geredet wird, sondern dass sich das Land durch die daraus folgende Politik tatsächlich verändert, was sich wiederum in der Wortwahl und -häufigkeit niederschlägt. Beispielsweise sind die Einstellungen zu Frauen, Feminismus und Frauenrechten im Parlament schon lange ein Thema; lediglich die Sprache dafür wandelt sich. Ursprünglich geht es in den entsprechenden Debatten um Gleichstellung, seit der zweiten Welle der Frauenbewegung Anfang der 1970er-Jahre dann um Emanzipation, in den 80ern und 90ern reden die Abgeordneten von

der Frauenpolitik, dann über die Frauenquote. Heute wird das Thema mithilfe von Wörtern wie »Feminismus«, »Frauenrechte« oder »Gender Pay Gap« diskutiert.

In den Bundestagsprotokollen sind auch die Namen, Parteien und in vielen Fällen die Titel der Sprecher und Sprecherinnen enthalten. Sie zeigen, wie sich die Politik in Deutschland verändert hat: Immer häufiger sprechen Expertinnen, Ministerinnen, Politikerinnen. Die Bundeskanzlerin ist eine Frau und in der Bundeswehr dienen Soldatinnen. Die Häufigkeit der Nennung von »Frau« und »Herr« gleicht sich in den Reden über die Jahrzehnte immer weiter an.

Sprache ist ein Spiegel der Gesellschaft, die Wortvergleiche sind ein Weg, in diesen Spiegel zu schauen. So wird an den Beispielen »Geld« und »Unternehmen« erkennbar, dass die Wirtschaft einen immer größeren Raum in den Reden der Abgeordneten einnimmt. Über die Jahrzehnte werden sie immer häufiger genannt. Deutschland ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort, und nur wenige Wörter in unserer Datenbank werden so regelmäßig und so oft erwähnt wie diese beiden. Nicht Bildung, nicht Umwelt, ja in den vergangenen Jahren nicht einmal Arbeit. Je reicher das Land wird, so scheint es, desto mehr beschäftigt es sich mit Geld. Oder ist der Zusammenhang umgekehrt?

Die Worthäufigkeiten verraten auch etwas über die deutsche Außenpolitik beziehungsweise über die Länder, mit denen sich der Bundestag oft beschäftigt. Anfangs sind es vor allem die Besatzungsmächte und im Kalten Krieg der

sogenannte Ostblock. Inzwischen hat sich das Bild entscheidend gewandelt, Deutschland ist überall auf der Welt engagiert.

DIE SPRACHE DER ABGEORDNETEN

Selbstverständlich lässt sich in den Daten auch beobachten, wie die Abgeordneten miteinander umgehen. »Lümmel«, »Idiot«, »Übelkrähe« – manche Parlamentarier brachten es aufgrund ihrer Beleidigungen und Zwischenrufe zu einiger Berühmtheit. Doch das ist lange her. Der Bundestag sei zivilisierter geworden, heißt es heute, manche sagen: langweiliger. Auf den ersten Blick scheint sich das in der Wortanalyse widerzuspiegeln. Beispielsweise, wenn man sich die Häufigkeit des empörten Ausrufs »Unerhört!« anschaut oder die Menge der Ordnungsrufe, also Rügen durch den Parlamentspräsidenten oder die Parlamentspräsidentin. Betrachtet man die Begriffe »uner-

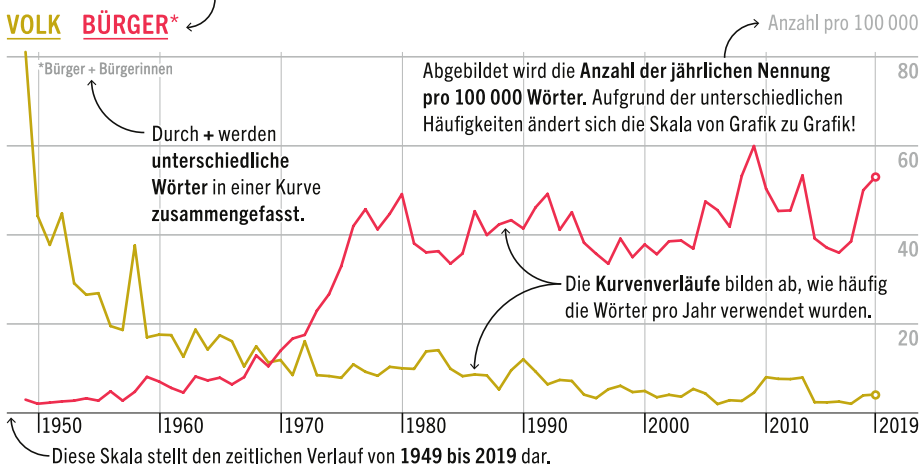
hört« und »Ordnungsruf«, meint man, dass die Anfangsjahre im Parlament recht rüpelhaft gewesen sein müssen. Demokratie und Umgang mit anderen Meinungen mussten offenbar erst geübt werden. Von den knapp 800 Ordnungsrufen, die in den Protokollen verzeichnet sind, entfällt ein großer Teil auf die ersten Legislaturperioden. Zwischen 1970 und 1985 gibt es dann noch einmal eine Hochphase des Streits und der Ausrufe, von da an wird es immer friedvoller.

Oder doch nicht? Einen Aufschwung erleben seit Mitte der 1980er-Jahre zwei andere Wörter, nämlich »Quatsch« und »Blödsinn«. Offenbar ändert sich nicht die Häufigkeit und das Maß der Empörung, sondern nur die Art, wie sie zum Ausdruck gebracht wird. Und seit die AfD 2017 in den Bundestag eingezogen ist, nehmen die Ordnungsrufe des Parlamentspräsidiums wieder zu. **KAI BIERMANN ■**

SO FUNKTIONIEREN DIE GRAFIKEN

Diese Wörter aus den Protokollen aller Sitzungen des Deutschen Bundestags wurden analysiert.

VOLK **BÜRGER***



ZU DEN GRAFIKEN

Die Kurven bilden ab, wie häufig ein Wort über die Jahre hinweg in den Debatten des Bundestags verwendet wurde. Um die Aufmerksamkeit, die die Begriffe erfahren haben, vergleichbar zu machen, zeigen wir die jährliche Nennung pro 100 000 Wörter.

WOHER STAMMEN DIE DATEN?

Wir haben die Protokolle aller Sitzungen des Deutschen Bundestags analysiert: 4216 Protokolle aus 19 Legislaturperioden. Sie stammen aus dem Open Data Portal des Bundestags. Jede Sitzung wird dort von Stenografen und Stenografinnen genau dokumentiert und auf diesem Portal veröffentlicht. Unsere

Auswertung beginnt mit der ersten Sitzung am 7. September 1949 und endet mit der letzten Sitzung vor der Sommerpause 2019 am 24. Juli 2019.


WIE WURDEN DIE DATEN VERARBEITET?

Protokolliert wird im Bundestag nicht nur jedes gesprochene Wort, sondern auch, wer gerade spricht, welcher Partei er oder sie angehört und welche Zwischenrufe es gibt. Diese Randbemerkungen, aber auch Tagesordnungspunkte oder Drucksachen können auch in unserem Datensatz enthalten sein.

Wer diesen selbst nach Wörtern durchsuchen will, kann das tun auf: <https://www.zeit.de/bundeswoerter>.

POLITISCHE HERAUS- FORDERUNGEN

Arbeit, Friedenssicherung, Finanzen oder Umwelt – es gibt Themen, mit denen beschäftigen sich die Abgeordneten des Bundestags über die Jahrzehnte immer wieder. Das politische Tagesgeschäft. Und dann gibt es Herausforderungen, die den politischen Alltag vollkommen durcheinanderbringen: Die deutsche Einheit gehörte dazu mit all ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Begleitproblemen oder die vielen Geflüchteten, die ab 2015 nach Deutschland kamen. Ihr Schicksal und die damit verbundenen Veränderungen der Gesellschaft haben den Bundestag mehr umgetrieben als alle anderen Themen in den vergangenen 70 Jahren.

Umweltschutz und Klimawandel wurden von den Abgeordneten seit Mitte der 80er-Jahre immer wieder diskutiert. Besonders lebhaft waren die Debatten über die Ablösung von Kohlekraftwerken (im Hintergrund das Kraftwerk Neurath) und Atomenergie durch erneuerbare Energien. 



THEMEN, DIE BLEIBEN

Umwelt, Frieden, Arbeitslosigkeit: Was sind die Megathemen der deutschen Politik? Und: Was deren Konjunktur über die Entwicklung unseres Landes verrät.

Es gibt Themen, die plötzlich auftauchen und den politischen Diskurs eine Zeit lang dominieren. Beispiele aus dem noch jungen 21. Jahrhundert sind der Brexit oder die Vogelgrippe. Und derzeit natürlich das Coronavirus. Es handelt sich dabei um Begriffe, die vorher gar nicht existiert oder zumindest keine Rolle gespielt haben. Und die danach, wenn das Problem gelöst oder die Bedrohung beseitigt war, schnell wieder verschwanden.

Auch aus dem 20. Jahrhundert gibt es genügend Beispiele für solche Themen, die kurze Zeit von zentraler Bedeutung waren: In den 1950er-Jahren war das etwa das Saarstatut, in den 1960ern die Notstandsgesetze, in den 1970ern die Ölkrise, in den 1980ern der NATO-Doppelbeschluss, in den 1990er-Jahren die Golfkriege. Zu all diesen Begriffen wurden innerhalb einer kurzen Zeitphase etliche Debatten im Bundestag geführt und Leitartikel geschrieben. Heute werden sie kaum noch erwähnt. Den meisten Jüngeren muss man sie sogar erklären. Es gibt aber auch Themen, die bleiben. Sol-

che, die die Gesellschaft und somit auch den Bundestag über 70 Jahre hinweg interessierten. Mal mehr, mal weniger intensiv, aber doch kontinuierlich und stets kontrovers.

Fragt man bei den demoskopischen Instituten nach, welches diese Megathemen der deutschen Politik sind, ähneln sich die Antworten. Die Probleme, die die meisten der befragten Bürger und Bürgerinnen (zum Beispiel vor Wahlen) als relevant einordnen, sind oft die gleichen, die es auch schon vor Jahrzehnten waren. Mitunter ändert sich deren Bedeutung, aber die Sachen als solche bleiben wichtig. Das zeigen folgende vier Beispiele.

EINE NATION VON FLÜCHTLINGEN

Zunächst zu den Flüchtlingen, die in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre für so viele Nennungen wie kein anderes Thema in der Geschichte des Bundestags sorgten. Dabei sind Flucht und Vertreibung Phänomene, die die Bundesrepublik schon in ihrer Gründungszeit beschäftigten. Allerdings waren das Thema und somit auch die Stoßrichtung der Debatte damals andere als in den Jahren ab 2015.

Anfangs, in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren, waren die Deutschen selbst eine Nation von Flüchtlingen. 1950 lebten in der Bundesrepublik knapp zwölf Millionen Heimatvertriebene, zumeist mit deutscher Staatsbürgerschaft. Die »Neubürger«, wie man sie damals nannte, mussten angesiedelt und integriert werden, was vielerorts zu Konflikten mit den Alteingesessenen führte. In dieser Zeit bildete sich der »Block der Heimatvertriebenen und Ent-

rechteten« (BHE), sozusagen eine Partei von Flüchtlingen und für Flüchtlinge, die nach 1953 zwei Bundesminister stellte und in manchen Bundesländern auf Ergebnisse von über 20 Prozent kam.

Nachdem die Neubürger und -bürgerinnen integriert waren, verlor die Flüchtlingsproblematik zunächst an Bedeutung. Anders als manche EU-Partner war Westdeutschland ein Staat mit einer eher geringen Zahl an Asylsuchenden. Anfang der 90er-Jahre änderte sich das. Mit dem Fall der Mauer und dem Krieg in Jugoslawien zog es nun viele Schutzsuchende nach Deutschland. Im Vergleich zu den Nachkriegsjahren war es zahlenmäßig zwar nur ein Bruchteil, aber die frisch wiedervereinigte deutsche Politik reagierte weitaus restriktiver. Das Asylrecht, das bis dahin als eines der liberalsten der Welt galt, wurde 1993 im sogenannten »Asylkompromiss« ausgehöhlt.

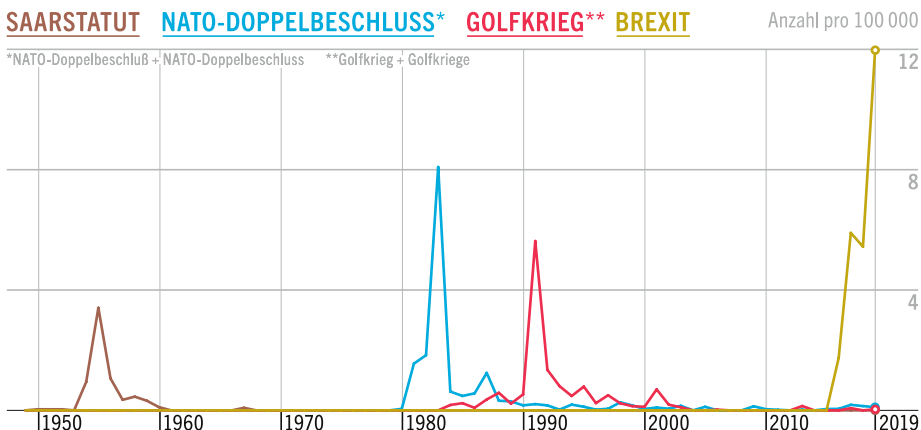
Mit noch größerer Wucht kehrte die Flüchtlingsthematik 2015 auf die poli-

tische Agenda zurück. Sie dominierte nicht nur in diesem Jahr die Debatten und Wahlkämpfe (siehe auch Seite 117 ff.).

UMWELT UND FRIEDEN

Als Topthema abgelöst wurden die Flüchtlinge drei Jahre später von der Umwelt- und Klimapolitik. Eine große Hitzewelle im Jahr 2018, der Skandal um manipulierte Abgaswerte wichtiger deutscher Automobilhersteller und neue Studien zum Klimawandel verhalfen diesem Themenkomplex zu neuer Relevanz. Protestgruppen formierten sich jenseits des Parlaments, etwa die *Fridays-for-Future*-Bewegung.

Aber, auch das zeigen unsere Kurven, neu war die Umweltproblematik nicht. Schon in der Mitte der 1980er-Jahre hatten die Politiker im Bundestag ausgiebig über Umweltschutz und Klimawandel diskutiert. Angeregt hatten das nicht zuletzt die neuen Parlamentarier und Parlamentarierinnen von den Grü-



nen, die sich als Teil einer ökologischen Basisbewegung verstanden (siehe auch Seite 30 ff.).

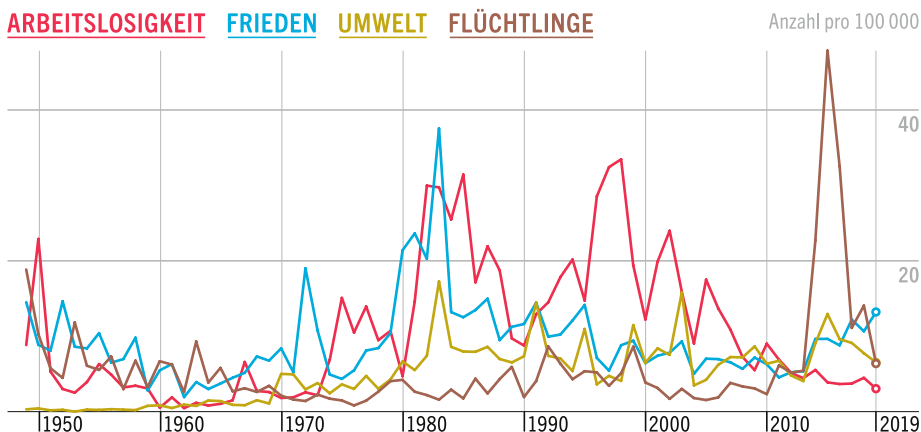
Und als Teil einer Friedensbewegung. Die pazifistische Grundhaltung war charakteristisch für die Anfangsphase der Grünen. Zum Teil lässt sich dadurch die einmalig hohe Erwähnung des Begriffs »Frieden« 1983 erklären. Aber auch die Debatten über den NATO-Doppelbeschluss und die Aufrüstung des Westens im Kalten Krieg trugen dazu bei. Das rigorose pazifistische Haltung der Grünen änderte sich spätestens, als sie 1998 Teil der rot-grünen Bundesregierung wurden. Unter dem grünen Außenminister Joschka Fischer beteiligte sich die Bundesrepublik im Kosovo an ihrem ersten Kampfeinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg. All das wurde im Bundestag intensiv besprochen, was die häufige Erwähnung des Begriffs »Frieden« begründet.

Die Beschäftigung der Abgeordneten mit Krieg und Frieden korrespon-

dierte stets mit den real stattfindenden Konflikten auf der Welt (siehe dazu auch Seite 122 ff.). 1973 jedoch hatte die häufige Erwähnung des Friedens noch eine andere Ursache. Bundeskanzler Willy Brandt wurde für seine Entspannungspolitik im Osten mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, was die Sozialdemokraten stolz, die Christdemokraten eher spöttisch kommentierten.

ZU WENIG ARBEIT, ZU WENIG ARBEITER

Ein anderes Thema, das jahrzehntlang die politische Debatte hierzulande geprägt hatte, verlor zuletzt ein wenig an Bedeutung: die Arbeitslosigkeit. Ab 1973 erlebte Westdeutschland eine Rezession infolge der Ölpreiskrise. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte nach oben. Ähnliches wiederholte sich noch einmal Anfang der 1980er-Jahre. Pessimismus und eine *No-Future*-Haltung prägten damals die Stimmung unter den Jugendlichen. Die vielen Arbeitslosen kamen natürlich auch den Staat teuer zu ste-



hen, was auch den Bundestag oft beschäftigt.

Zu einem dominanten Problem wurde die Arbeitslosigkeit für die rot-grüne Bundesregierung nach 1998. Infolge der Wiedervereinigung hatten viele Ostdeutsche ihren Job verloren. Hinzu kamen Strukturprobleme im Westen und ein relativ großzügiges Sozialsystem, das wenig Anreize bot, auf die Arbeitslosenhilfe zu verzichten. All das hatte zu Anfang des neuen Jahrtausends zu fast fünf Millionen Arbeitslosen geführt. Rot-Grün reagierte darauf mit den Hartz-Reformen. Unter diesen einschneidenden Maßnahmen leidet die SPD bis heute,

aber die Zahl der Arbeitslosen sank damals schnell und spürbar.

Bald gab es in Deutschland eine an nähernde Vollbeschäftigung. Nun hieß das Problem: Fachkräftemangel. Hatte es eben noch zu wenig Arbeit gegeben, gab es nun zu wenig Arbeitskräfte. Die einst so dominante Arbeitslosigkeit verlor konsequenterweise in den Debatten an Aufmerksamkeit. Doch es ist nicht ausgeschlossen, dass sie eines Tages wiederkommt. Das Coronavirus war ein Schock, auch für den Arbeitsmarkt. Außerdem lehrt unsere Grafik: Die großen Themen kehren immer wieder zurück. **MICHAEL SCHLIEBEN ■**

AUCH DIE ARMEN HABEN EINE LOBBY

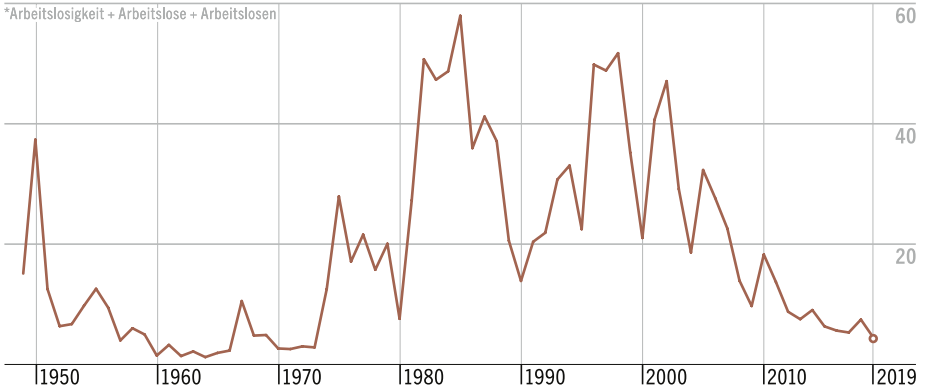
Der Vorwurf, Politik kümmere sich nicht um die Menschen, ist ungerecht. Um Arbeitslose beispielsweise kümmert sich der Bundestag durchaus, wie die Recherchen in den Protokollen zeigen.

Arme Menschen haben keine Lobby? Nein, das stimmt nicht, zumindest nicht für den Deutschen Bundestag. Es wird

ja gern auf die Politik und die Politiker geschimpft dieser Tage. Da tut es dringend not, sie auch einmal zu verteidigen. Der Blick in die Protokolle belegt, dass die Bundestagsabgeordneten sich um Arbeitslose und Arbeitslosigkeit stets eine Menge Gedanken gemacht, dass sie ständig über das Thema debattiert haben.

Immer dann, wenn in den vergangenen 70 Jahren im Land die Arbeitslosenquote stieg, wuchs auch im Bundestag der entsprechende Redeanteil. Die Parlamentarier und Parlamentarierinnen sorgten sich ganz offensichtlich um jene, die der Arbeitsmarkt freisetzte – um einen der Euphemismen zu gebrauchen, mit dem der Rausschmiss von Beschäftigten gern beschönigt wird.

Allerdings zeigt die Worthäufigkeit in den Parlamentsprotokollen auch, dass diese Sorge nicht ganz im Verhält-



nis zur Zahl der Arbeitslosen stand. Bei der Wahrnehmung von Not, so scheint es, gibt es Abstufungen.

Dreimal in ihrer Geschichte erlebte die Bundesrepublik eine Arbeitslosenquote, die die Rekordmarke von elf Prozent erreichte. Das erste Mal kurz nach ihrer Gründung. Das Land war zerstört, der Wiederaufbau mithilfe des Marshallplans hatte gerade erst begonnen. Die Statistik zählte 1950 insgesamt 1,9 Millionen Arbeitslose – das entsprach damals elf Prozent der Erwerbspersonen.

Das zweite Mal erreichte die Arbeitslosenquote die Marke von elf Prozent 1997. Rund 3,6 Millionen Menschen hatten damals keine Arbeit. Das dritte Mal wurde die Marke dann 2005 überschritten. In diesem Jahr lag die Zahl der Arbeitslosen sogar bei 4,9 Millionen Menschen, ein davor und danach nie wieder erreichter Höchstwert. Wird nur Ostdeutschland betrachtet, wo nach der Wende viele Menschen ihre Jobs verloren, zeigte die Arbeitslosenquote sogar einen noch höheren Spitzenwert, sie lag

dort – bezogen auf alle Erwerbspersonen – bei fast 18 Prozent.

In allen drei Krisenperioden wurde Arbeitslosigkeit im Bundestag sehr viel häufiger diskutiert als in anderen Jahren und war in vielen Parlamentsreden Thema. Doch überraschenderweise findet sich die häufigste Verwendung der (zusammengerechneten) Begriffe »Arbeitslosigkeit« und »Arbeitslose« in einem ganz anderen Jahr: 1985. Da betrug die Arbeitslosenquote – in Westdeutschland – lediglich knapp acht Prozent; circa zwei Millionen Menschen waren ohne Job.

REKORDWERT WEGEN STATISTIKUMBAU

Der Beginn der 80er-Jahre brachte für die Bundesrepublik eine harte Zäsur. Bis dahin war das Land immer nur reicher geworden. Die erste Ölkrise in den 70ern war schon ein Schock gewesen, die zweite Ölkrise 1982/83 verstärkte die Angst vor Abstieg und Armut. Außerdem wurden Sozialausgaben gestrichen, Steuern erhöht. Nach Jahrzehnten des

wachsenden Wohlstands machten sich viele Menschen zum ersten Mal Sorgen, es werde nicht ewig so weitergehen. Zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik erreichte die Arbeitslosenquote 1985 zudem einen Wert, der an die schweren Anfänge erinnerte. Entsprechend wichtig war den Abgeordneten im Bundestag das Thema.

Der Rekordwert von 2005 hatte dagegen einen Grund, der vor allem in der Verwaltung lag und nicht im Arbeitsmarkt. In diesem Jahr wurden im Rahmen der Hartz-IV-Reform die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt und die Arbeitslosenstatistik entsprechend umgebaut. Fast 400 000 Menschen – so eine Schätzung der Bundesagentur für Arbeit –, die bislang zwar Sozialhilfe bezogen hatten, aber nicht als arbeitslos galten, wurden nun auch in der Arbeitslosenstatistik aufgeführt.

Der Wirtschaft hingegen ging es zu dieser Zeit gar nicht so schlecht, weswegen im Jahr darauf die Arbeitslosenquote sank. Daher wurde im Bundestag 2005 auch weniger und weniger anhaltend über Arbeitslosigkeit und Arbeits-

lose debattiert als in den Jahren mit Rekordquote zuvor.

Ende der 90er-Jahre hingegen, der dritten Negativrekordperiode, war die Arbeitslosigkeit nahezu ebenso häufig und ebenso ausdauernd Thema im Bundestag wie 1985. Auch diese Jahre waren eine Zeit großer gesellschaftlicher Veränderungen. Die Wende war vollzogen und hatte der Wirtschaft im Westen einen beachtlichen Boom beschert, der nun abflaute, da Deutschland weniger exportieren konnte. Die Finanzierung der Wende hatte außerdem die Schuldenlast des Bundes enorm vergrößert. Drei Jahre lang debattierten die Abgeordneten das Thema von nun an mit gleichbleibend hoher Häufigkeit.

Natürlich sagt das nichts darüber aus, wie sie darüber diskutierten, ob sie den Fakt dramatisch fanden oder nicht. Die Häufigkeit gibt auch keinen Hinweis darauf, was die Politiker und Politikerinnen dagegen unternahmen. Eines aber ist sicher: Egal war ihnen die Arbeitslosigkeit nie. Und das kann durchaus ein Indiz dafür sein, dass sie die Sorgen der Menschen ernst nahmen und nehmen.

KAI BIERMANN ■

KLIMAKRISE, PISA, ELTERNZEIT

Mehr als 200 Millionen Wörter haben die Stenografen und Stenografinnen des Bundestags in den 70 Jahren seines Bestehens mitgeschrieben. ZEIT ONLINE hat alle Reden unserer Abgeordneten seit 1949 grafisch analysierbar gemacht und untersucht: Was waren die wichtigsten Themen in den vergangenen Jahrzehnten? Welche Entwicklungen kann man am Vorkommen bestimmter Wörter ablesen? Und wie hat sich die Sprache der Abgeordneten verändert?

Ein ungewöhnlicher Blick auf die deutsche Politik und Gesellschaft von 1949 bis heute.

ISBN 978-3-411-74297-4
16 € (D) · 16,50 € (A)



9 783411 742974

www.duden.de